

Stadt Cottbus/Chośebuz
Stadtverordnetenversammlung

Protokoll 52 V/13

der

Beratung des Ausschusses Wirtschaft, Bauen und Verkehr am 10.04.2013

Ort: Stadthaus, Erich Kästner Platz 1
Beginn: 17:00 Uhr
Ende: 20:00 Uhr

Teilnehmer: siehe Anwesenheitsliste (Anlage 1)

Es sind **elf** stimmberechtigte Stadtverordnete anwesend.

ÖFFENTLICHER TEIL

1. Abstimmung zur Tagesordnung

Im Nichtöffentlichen Teil wird zusätzlich der TOP 1.3 Konkretisierung der Ausschreibungskriterien für die Beschaffung von 33 neuen Parkscheinautomaten entsprechend des StVV-Beschlusses vom 27.02.2013 des Fachbereiches Ordnung und Sicherheit aufgenommen.

Die Tagesordnung wird mit der Änderung angenommen.

2. Protokollkontrolle

Protokoll 51 V/13

Das Protokoll liegt noch nicht vor. Es wird bis Freitag, den 12.04.2013 nachgereicht.

3. Bericht des OB

Es gibt keine neuen Informationen zu Projekten.

vorgezogener TOP aus den Beschlussvorlagen:

5.4 II – 007/13

Lärmaktionsplan 2. Stufe

Fachbereich Umwelt und Natur

Es wird eine Vorstellung des Lärmaktionsplanes sowie eine Information über die Beteiligung von Wirtschaftsunternehmen und der IHK gewünscht.

Herr Schönefeld, GF des Büro Dr. Hunger, stellt die 2. Stufe des Lärmaktionsplanes vor. Er geht auf den Umsetzungsstand der 1. Stufe des Lärmaktionsplanes, das Maßnahmenkonzept, Fahrbahnoberflächen und lärmarmen Asphalt (LOA5D) ein.

Nachfragen/Diskussion:

- Anmerkungen der Fraktion CDU/Frauenliste: bei der Sanierung der Straße der Jugend
 - lärmarmen Asphalt einbauen;
 - derzeit Schilderaktionismus

Herr Schönewald erläutert, dass nur ein Bündel von Maßnahmen einen Erfolg bezüglich der Lärminderung bringen, also nicht nur Schilder.

Herr Nicht verweist in diesem Zusammenhang auf die Anlage 3 – Haushaltsanmeldungen 2013-2017 (Straßen, Radwege)

Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen:

8 : 2 : 1

4. Informationen, Anfragen, Anträge

4.0 2. BA Blechen-Carree

Information Frau Tzschoppe:

- eine Finanzbestätigung der Bank liegt noch nicht vor
- Gesprächstermin EKZ/Stadtverwaltung in der 16.Kw zum Sachstand und weiteren Verfahren

4.1 Information „Das neue Kreislaufwirtschaftsgesetz (KrWG)

- Gesetz zur Neuordnung des Kreislaufwirtschafts- und Abfallrechts
- Amt für Abfallwirtschaft und Stadtreinigung**

Frau Schneider informiert (Anlage 2)

Nachfragen:

- kommunaler Schrottplatz – Kosten?
- Auswirkungen auf die Gebühren
- wirtschaftlicher Vorteil
- Wer darf einsammeln?

Frau Schneider beantwortet die Nachfragen soweit das derzeit möglich ist.
Die Information wird zur Kenntnis genommen.

Herr Nicht macht den Vorschlag, regelmäßig im Ausschuss Wirtschaft, Bau, Verkehr darüber zu beraten. Die nächste Beratung könnte im Mai erfolgen.

Herr Kaun verlässt die Ausschusssitzung.

4.2 Information Bahnhofsbrücken

Fachbereich Grün und Verkehrsflächen

Frau Tzschoppe informiert:

- Seit dem 01.04.2013 arbeitet die neue Vergabekommission.

Frau Adam informiert, dass die Restarbeiten bis Ende April 2013 abgeschlossen werden und es nach derzeitigen Erkenntnissen dabei zu keinen Mehrmengen kommt sowie der Finanzrahmen eingehalten wird.

4.3 Antrag **005/12**

Aufhebung des Beschlusses IV-151-13/09
Anordnung eines Umlegungsverfahrens im Geltungsbereich des
Bebauungsplanes Nr. W/49/73 TIP Cottbus – Teil Cottbus
Fachbereich Stadtentwicklung

Herr Thiele: Kein wesentlich neuer Sachstand zur Information im September 2012.
Auf die Erläuterungen im Sachstand (s. Anlage 3) wird verwiesen.

Bitte an den Ausschuss – Antrag weiter unter Kontrolle halten und im Ausschuss informieren.

Information durch die Verwaltung in 2 Monaten

➔ **Wiedervorlage im WBVA Juni 2013.**

5. Beschlussvorlagen

5.1 I – **001/13**

Haushaltssatzung und Haushaltsplan der Stadt Cottbus für den Doppelhaushalt
2013/2014
Fachbereich Finanzmanagement

Herr Schaaf begrüßt Frau Ramsch, Frau Jüttemann und Herrn Petsch.
Frau Ramsch trägt die Eckpunkte der Haushaltsplanung des Doppelhaushaltes 2013/2014
und stellt die Kostenreduzierung und Mehraufwendungen vor.
- Kostenbelastungen aus übertragenen Aufgaben von Bund und Land
- Entwicklung der freiwilligen Leistungen
- Investitionen
Präsentation Anlage 4

Nachfragen werden beantwortet.

**Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung
zur Beschlussfassung empfohlen:**

10 : 0 : 0

5.2 I – **002/13**

Fortschreibung des Haushaltssicherungskonzeptes für die Jahre 2013 bis 2017
im Rahmen des Doppelhaushaltes 2013 – 2017
Fachbereich Finanzmanagement

Frau Ramsch stellt die Maßnahmen vor.

Nachfragen:

- Entnahme LWG
- 21. Grundschule

Die Beantwortung der Nachfragen wird mitgenommen und geprüft.

Herr Nicht präzisiert die Maßnahmen – Geschwindigkeitsmessstelle Willmersdorf und das
Projekt mit 3,5 Stellen zur Kontrolle des ruhenden und fließenden Verkehrs.

Grundsätzlich zur Möglichkeit der Reduzierung der Neuverschuldung verweist er darauf, dass rund 54 Mio € aus nichtausfinanzierten Bundes- und Landesaufgaben durch die Stadt getragen werden müssen, davon allein 25 Mio € zur Finanzierung der Kita-Betreuung und 17 Mio € an den Kosten der Unterkunft. Aus dem Bereich des GB II verweist er auf zusätzliche jährliche Ausgaben aus der Einführung des elektronischen Personalausweises.

Die Stadt hat zur auskömmlichen Kita-Finanzierung und zur auskömmlichen Finanzierung der kreisfreien Städte aus dem FAG gemeinsam mit anderen kreisfreien Städten Klage eingereicht.

Frau Tzschoppe unterstreicht, dass die Öffnung des FAG § 16 für Investitionen ein erster Schritt zur Hilfe der Kommunen ist.

Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen:

8 : 0 : 2

5.3 Antrag FAG

Fachbereich Finanzmanagement

Erweiterung des bisherigen Antrags.

Die Kassenwirksamkeit der Investitionen muss in 2013/2014 nachgewiesen werden.

Nachfrage zu den Prioritäten:

- Überregionalität
- Verteilung der Mittel nach der Prioritätenliste
- es wird von den Stadtverordneten eine Aussage zum Beschluss der Prioritätensetzung gefordert

Wenn die Stadt aus dem FAG Geld erhält werden die Stadtverordneten über die Priorität der umzusetzenden Maßnahmen entscheiden.

5.5 IV – 007/13

3. Änderung des Bebauungsplanes „Chausseestraße West III“
im vereinfachten Verfahren nach §13 a BauGB

– Änderungs- und Auslegungsbeschluss

(2. Beratung)

Fachbereich Stadtentwicklung

Herr Schaaf begrüßt Frau Krause und Herrn Thiele sowie Herrn Wolff vom Planungsbüro Wolff.

Frau Krause informiert über Ergebnis der Abstimmung mit dem Ortsbeirat am 04.04.2013 zur Gestaltung der Lärmschutzwand.

- Ein Bauantrag zur Lärmschutzwand ist nicht anhängig.
- Vorhabenträger hat Planungsbüro Wolff mit Erarbeitung der Antragsunterlagen beauftragt.
- Behandlung der Belange Immissionsschutz erfolgt auf der Grundlage des Gutachtens aus 2010, das OBR vorgestellt wurde.
- Zustimmung zur Änderung des Bebauungsplanes wird durch OBR aufrechterhalten, Verweis auf weiteren Abstimmungsbedarf,
- OBR lädt zu einer Bürgerinformationsveranstaltung im Mai ein, Teilnahme Verwaltung und Planungsbüro.

Herr Wolff informiert über den Verfahrensstand – Änderungs- und Auslegungsbeschluss und die damit vorgesehene Beteiligung.

Eine Simulation der Lärmschutzwand unbegründet und begründet wird vorgestellt.

Nachfragen/Diskussion:

- Herr Schulz, Ortsbeiratsvorsitzender, erklärt weiteren Gesprächsbedarf zur Gestaltung nach Beschluss der Vorlage.
- Herr Raschke stellt seine persönliche Meinung dar.
- Herr Dr. Schur fordert **eine einheitliche** Meinung des Ortsbeirates.

Frau Tzschoppe fragt nach den Ausführungen von Herrn Raschke den Ortsbeiratsvorsitzenden Herrn Schulz, ob der Ortsbeirat auch nach der Beratung vom 04.04.2013 weiterhin zu seiner Stellungnahme steht. Dies bestätigt Herr Schulz.

Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen:

10 : 0 : 0

5.6 IV – 020/13

Bebauungsplan O/21/92

„Sandower Spreebogen“ – Aufstellungsbeschluss

Fachbereich Stadtentwicklung

Im Rahmen der kurzen Vorstellung der Vorlage informiert Herr Thiele darüber, dass der städtebauliche Vertrag von der GWC und der eG Wohnen bereits unterzeichnet wurde. Der BV Sandow hat dem Beschlussvorschlag zugestimmt und gleichzeitig Hinweise zur beabsichtigten Umnutzung gegeben. Diese können in das Aufstellungsverfahren eingebracht werden.

Herr Dr. Schur unterstreicht, dass die ausstehenden Fragen im Verfahren geklärt werden.

Die Vorlage wird der Stadtverordnetenversammlung zur Beschlussfassung empfohlen:

10 : 0 : 0

Werner Schaaf
Vorsitzender des Ausschusses
Wirtschaft, Bau, Verkehr